

Der Brexit

Antworten auf zentrale Fragen

Der Brexit

Antworten auf zentrale Fragen

Am Dienstag, dem 15. Januar 2019, stimmte das Britische Unterhaus über einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zum 29. März 2019 ab. Dabei haben die Abgeordneten dem zwischen Vertretern der britischen Regierung und des EU-Parlaments ausgehandelten Abkommen nicht zugestimmt.

Das bedeutet:

- Die britische Premierministerin hat drei Sitzungstage Zeit, um dem Parlament die weiteren Pläne der Regierung vorzulegen.
- Darüber wird das britische Parlament erneut abstimmen.
- Lehnt das Parlament ab, kommt es mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem unregulierten Brexit.

Vorausgegangen waren zweijährige Verhandlungen, mit dem Ziel eines geordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Ende November 2018 hatten sich beide Seiten auf die Bedingungen geeinigt.

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU verbinden sich eine Reihe von Fragen, die wir im Folgenden beantworten.

1. Was ist der Brexit?

Mit dem Wort Brexit wird der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union beschrieben. Der Begriff Brexit ergibt sich aus einer Verschmelzung der beiden Englischen Wörter „Britain“ und „Exit“, zu Deutsch, „Britannien“ und „Ausgang/Austritt“.

Am 23. Juni 2016 hat eine Mehrheit der Briten in einer Volksabstimmung für den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (EU) gestimmt. Die britische Premierministerin Theresa May teilte den Beschluss zum Austritt am 29. März 2017 dem EU-Parlament mit. Damit endet die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU nach einer zweijährigen Übergangszeit am 29. März 2019.

2. Wie kann ein Land aus der EU austreten?

Jedes Land kann internationale Verbände verlassen. Mit der Einführung des Artikels 50 des EU-Vertrages wurde dies für die EU geregelt. Wenn ein Land erklärt, aus der EU auszutreten, kann es dies mit einer Frist von zwei Jahren tun. In dieser Zwischenzeit verhandeln das Land mit der EU die Bedingungen des Austritts.

3. Warum möchte Großbritannien aus der EU austreten?

Am 23. Juni 2016 haben die Briten in einem Referendum darüber abgestimmt, ob das Vereinigte Königreich aus der EU austreten soll. Sie haben sich mit 51,9 Prozent für den Austritt aus der EU entschieden. Die Wahlbeteiligung lag bei 72 Prozent.

In der Bevölkerung hatten zuvor die Angst vor zunehmender Einwanderung und einem Souveränitätsverlust sowie die europäischen Schuldenkrise zu einer steigenden Skepsis gegenüber der EU geführt. Dies belastete das schon immer besondere Verhältnis Großbritanniens zur EU.

4. Warum hat die britische Regierung über die EU-Mitgliedschaft nicht selbst entschieden?

Zum Referendum kam es, weil der frühere Premierminister David Cameron dies zur Unterhauswahl 2015 versprochen hatte. Sowohl David Cameron als auch Theresa May hatten sich im Vorfeld des Referendums für einen Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen.

5. Ist das Referendum zum Brexit bindend?

Das Ergebnis des Referendums ist für das Parlament rechtlich nicht bindend. Die britische Regierung und das Britische Unterhaus (House of Commons) haben den Wunsch des Referendums dennoch umgesetzt. Durch die offizielle Erklärung des Austrittswunschs von Theresa May am 27. März 2017 wurde der Austrittsprozess Großbritanniens ausgelöst. Zusätzlich wurde im Januar 2018 ein Brexit-Gesetz im House of Commons beschlossen.

6. Was sind die Ziele der EU beim Brexit?

Die Ziele der EU sind eine weiterhin enge Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich. Dazu gibt es Bedingungen:

- Es darf nicht zur sogenannten „Rosinenpickerei“ kommen. Das heißt: Es soll verhindert werden, dass Großbritannien sich nur einzelne Vorteile einer EU-Mitgliedschaft aussucht und in das Abkommen verhandelt.
- Die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger müssen gewahrt werden.
- Zwischen Nordirland und der Republik Irland darf es zu keiner harten Grenze mit Schlagbaum kommen. Der Frieden auf der irischen Insel muss bewahrt werden.

7. Wie sieht der Brexit-Fahrplan aus?

- Der EU-Austritt Großbritanniens ist zum 29. März 2019 beschlossen.
- Die Bedingungen des Austritts haben die EU und das Vereinigte Königreich in den letzten beiden Jahren im Austrittsabkommen verhandelt.
- Am 15. Januar 2019 hat das Britische Unterhaus das Austrittsabkommen abgelehnt. Weitere Abstimmungen über das Austrittsabkommen zu einem späteren Zeitpunkt sind aber möglich.
- Stimmt das Unterhaus auch letztendlich nicht zu, kommt es zu einem ungeordneten Brexit („No Deal“).

8. Kann der Brexit noch verhindert werden?

Der Brexit kann nur durch Großbritannien selbst noch verhindert werden. Dies kann auf zwei Arten geschehen:

- Neuwahlen können dazu führen, dass im Britischen Unterhaus eine Mehrheit für den Verbleib in der EU entsteht.
- Durch eine erneute Befragung der Bürger über den Brexit und das ausgehandelte Austrittsabkommen könnte sich eine Mehrheit für den Verbleib in der EU aussprechen.

9. Was hätte das Austrittsabkommen beinhaltet?

Das Britische Unterhaus hat über das Austrittsabkommen abgestimmt, das die Bedingungen für Großbritannien beim Austritt aus der EU zum 29. März 2019 regelt. Über dieses Abkommen wurde die letzten beiden Jahre von der EU und der britischen Regierung verhandelt.

Mit dem Austrittsabkommen wäre das Vereinigte Königreich am 29. März 2019 geordnet aus der EU ausgeschieden. Das Abkommen sollte die Bedingungen festlegen, zu denen Großbritannien aus der EU austreten kann. Drei Punkte stehen im Mittelpunkt:

- Mit dem Abkommen wäre eine Übergangszeit eingeführt worden, während der das Vereinigte Königreich im Binnenmarkt und in der EU verbleibt. Diese wäre bis zum 31. Dezember 2020 gelaufen und hätte einen geordneten Brexit ermöglicht.
- Das Abkommen sollte für die Übergangszeit unter anderem auch die Rechte aller im Vereinigten Königreich lebenden EU-Bürger regeln sowie die Rechte der britischen Bürger, die in der EU leben oder arbeiten.
- Im Abkommen waren zudem auch die finanziellen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs gegenüber der EU in dieser Zeit festgeschrieben.

10. Was passiert, nachdem das britische Unterhaus das Austrittsabkommen abgelehnt hat?

Nach der Ablehnung, stellt sich die Situation nun folgendermaßen dar:

- Auch ohne Abkommen wird Großbritannien am 29. März 2019 aus der EU ausscheiden. Es wird dann aber keine Übergangszeit eintreten.
- Ohne weitere Maßnahmen würde es zu einem ungeordneten Brexit kommen mit unabsehbaren wirtschaftlichen Risiken für das Vereinigte Königreich und die EU.
- Die britische Regierung muss dem Unterhaus jetzt innerhalb von drei Sitzungstagen ihre weiteren Pläne zum weiteren Vorgehen vorlegen.

Darüber hinaus gibt es folgende weitere Möglichkeiten:

- Es besteht die Möglichkeit, die Austrittsfrist zu verlängern. Dann kann dem Abkommen später zugestimmt oder ein zweites Referendum durchgeführt werden.
- Das Britische Unterhaus kann dem Abkommen auch bei einer späteren Abstimmung vor dem 29. März 2019 zustimmen. Dann wird Großbritannien geordnet und mit Übergangsphase am 29. März 2019 aus der EU ausscheiden.
- Die britische Regierung kann allerdings auch jederzeit beschließen, doch in der EU zu verbleiben.

11. Was würde ein ungeordneter Brexit bedeuten?

Wirtschaft und Gesellschaft der EU und des Vereinigten Königreichs sind eng miteinander verbunden. Dies erstreckt sich auf viele Lebensbereiche, wie etwa die medizinische Versorgung, Zugang zu Konten und importierte Lebensmittel. Ein ungeordneter Brexit hätte damit schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der Bürger.

Einige Beispiele:

- Der MINI gilt als englische Marke. Richtig ist: Die Endproduktion findet in Oxford statt. Die Bauteile werden aber an unterschiedlichen Standorten in der EU hergestellt. Gehört das Vereinigte Königreich nicht mehr zur EU, verzögern Kontrollen den Transport und verteuern Zölle das Produkt. Für manche Automarken in der EU gilt das umgekehrt.
- Medikamente benötigen in der EU nur eine Zulassung. Damit können sie in allen EU-Staaten verschrieben und eingesetzt werden. Tritt das Vereinigte Königreich aus der EU aus, brauchen z. B. deutsche Medikamente neue Zulassungen und können bis dahin weder verschrieben noch eingesetzt werden. Für britische Medikamente gilt es umgekehrt genauso.

Die Bundesregierung und die EU bereiten sich auch auf dieses No-Deal-Szenario vor. Damit sollen die schlimmsten Auswirkungen verhindert werden.

12. Welche Punkte des Abkommens sind im Britischen Parlament (Unterhaus) besonders umstritten?

Die meisten Brexit-Befürworter wollen ein in allen Punkten unabhängiges Vereinigtes Königreich. Sie kritisieren, dass mit dem Abkommen Bindungen an die EU bestehen bleiben. Zwei Punkte stehen besonders in der Kritik:

- die Auffanglösung („Backstop“ – siehe Frage 13).
- die Gestaltung der Grenze zwischen Nordirland (UK) und der Republik Irland.
- die Gestaltung der zukünftigen Beziehungen EU-GB.

13. Was regelt der „Backstop“?

Die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich werden bei einem geordneten Austritt erst in der Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2020

verhandelt. Der „Backstop“, auf Deutsch „Sicherheitsnetz“, tritt in Kraft, wenn es in diesen Verhandlungen zu keiner Einigung kommt. Er regelt dann die zukünftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU.

Darum geht es:

- Der „Backstop“ besagt, dass Großbritannien, inkl. Nordirland, und die EU-Mitgliedsstaaten in einer Zollunion verbleiben.
- Die „Backstop“-Regelung des Austrittabkommens verhindert, dass es zwischen der Republik Irland und Nordirland zu einer harten Grenze mit Schlagbaum und den oben beispielhaft beschriebenen Auswirkungen kommt.

14. Weshalb ist der „Backstop“ so wichtig?

Die Wiedereinführung einer Grenze könnte zu neuer Spannung und Gewalt führen und damit den Frieden auf der irischen Insel gefährdet. Deswegen ist der Backstop der EU und den Bürgern der Republik Irlands so wichtig.

15. Weshalb sieht die CDU Nachverhandlungen äußerst kritisch?

Das ausgehandelte Abkommen stellt einen ausgewogenen Kompromiss da. Es sichert einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Damit sorgt es für Planbarkeit für die deutsche und europäische Wirtschaft und die europäischen Bürger. Hierfür haben wir mit unseren britischen Freunden lange verhandelt. Dieses Paket wieder aufzuschnüren, ist unmöglich. Die Interessen aller EU-Mitgliedsstaaten sowie des Vereinigten Königreichs sind in dem vorgelegten Abkommen in ausgewogener Weise berücksichtigt.

16. Wie sollen die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aussehen?

Für eine international starke EU ist die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich auch nach dessen Austritt aus der EU unverzichtbar. Die CDU befürwortet deshalb eine pragmatische Lösung:

- Wir wollen auch künftig mit unseren britischen Partner möglichst eng auf vielen Gebieten zusammenarbeiten.
- Besonderen Wert legen wir auf die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen.

17. Was ändert sich, wenn ich in Großbritannien arbeite oder studiere?

Wer in Großbritannien studieren oder arbeiten will, kann in Zukunft als EU-Bürger nicht mehr einfach nach Großbritannien umziehen und dort eine Arbeit oder ein Studium aufnehmen.

- EU-Bürger werden nach dem EU-Austritt und dem Ablauf der möglichen Übergangsphase genauso behandelt wie Arbeitsmigranten aus anderen Teilen der Welt.
- EU-Bürger müssen sich ab dem 29. März 2019 bzw. nach Ablauf der Übergangsphase am 31.12.2020 voraussichtlich um ein Visum bewerben, wenn sie in Großbritannien arbeiten oder studieren wollen.

18. Was ändert sich, wenn ich in Großbritannien Urlaub machen will?

Die Details sind noch nicht geklärt, aber es gibt Hoffnung, dass das nicht allzu schwierig wird. Die EU hat Großbritannien vorgeschlagen, dass Briten zunächst für 90 Tage ohne Visum in die EU einreisen dürfen. Aber nur, wenn London das Gleiche den EU-Bürgern zugesteht. Mitzunehmen wäre dann der Reisepass oder Personalausweis.

Stand: 16. Januar 2019